

Dresdner Nachrichten

41. Jahrgang

Lobeck & Co.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Altmarkt 2.

Dresden, 1896.



Rezeptions-Gebühren
Bezugspreis des 1. u. 2. Jahrg. ...
Kundenzahl ...

Glaswaaren

Jeder Art aus den bedeutendsten Glashütten des In- und Auslandes, empfohlen in reichhaltiger Auswahl
W. H. Rühl & Sohn, Kgl. Hoflieferanten,
Neumarkt 11. Fernsprechnummer 1110.

„Invalidendank“
jetzt
Seestrasse 5, I.

Für Weihnachtseinkäufe
empfehlen Anzüge, Hosen- und Paletotstoffe, nur
beste Fabrikate zu billigsten Preisen.
Praktische Knabenanzüge. Reste sehr billig.
Friedr. Greiff & Sohn,
Tuchhandlung, Georgplatz 9.

Waisenhausstrasse 34. — L. Weidig. — Waisenhausstrasse 34.

Wegen vorgedrückter Saison bedeutende Preisermässigung meines grossen Lagers elegant garnirter Damenhüte.
Str. 337. Spiegel. Projekt Bedert-Löhnow. Hofnachrichten. „Deutscher Abend“. Schellendörfergesellschaft, Verein der Staats-
bahnbeamten, Gewerbevereine, Singsocietäten.

Die ergebnis unterzeichnete Geschäftsstelle richtet an die geehrten Firmen, welche den „Dresdner Nachrichten“ an Sonntagen

Sonder-Beilagen

beizulegen beabsichtigen, wiederholt die höfliche Bitte, die Beilagen unserer Geschäftsstelle bereits spätestens Mittwoch vorher zugehen zu lassen. Nur bei so zeitiger Zustellung kann das Beilagen mit Sicherheit zugesagt werden. Anmeldungen sind unter Beifügung der betr. Sonderbeilage nur bei der unterzeichneten Geschäftsstelle, Marienstrasse 38, anzubringen.

Angenommen werden dieselben Beilagen:

- 1. für die Gesamtausgabe 51700 Stück
- 2. nur für die Polausgabe (auswärts) . . 26300 „
- 3. „ „ Stadtausgabe incl. Vorort 25400 „

Hochachtungsvoll
Die Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten“,
Marienstrasse 38.

Politisches.

Der Prozess Bedert-Löhnow hat eine hochdramatische Entwicklung von innerweltlichem Interesse genommen. Er gewinnt die Bedeutung einer grossen politischen Aktion, deren Folgen sich nicht absehen lassen, seit plötzlich der Name des Grafen Philipp zu Scharlowitz, des lateinischen Botschafters zu Wien, des intimen Vertrauensmannes des Kaisers, auftaucht in und der Verdacht nicht mehr abgewehrt werden kann, daß namentlich die Spur des grossen Unbekannten, nach dem bisher vergeblich geforscht wurde und an dessen Existenz man bereits zu zweifeln begann, entdeckt ist. Wäre dies wirklich der Fall, dann könnten möglicherweise auch noch die Umstände bloßgelegt werden, unter denen der Reichskanzler Graf Caprivi getötet worden ist. Das doch der Prozess bereits enthält, durch welche hinterlistige Verbindung der frühere preussische Minister des Innern v. Köller und der Reichsminister von Scharlowitz aus ihrem Kreise verdrängt worden sind, der Verdacht einer Indiscretion gegen v. Köller, der sich auf Vertrauensverhältnisse über die Militärarbeitsangelegenheiten stützte, sowie die aus ähnlichen ähnlichen Indiscretionen gegen v. Köller v. Scharlowitz hergeleitete Verdächtigung haben den Rückblick der beiden Minister herbeigeführt. Ferner haben die Verhandlungen des Prozesses ergeben, daß dieselben Wege wie gegen diese auch gegen den Staatssekretär des Auswärtigen Freiherrn v. Marschall getrieben und intriguirt worden ist, wenn auch nicht mit demselben Erfolge. Der Prozess ist noch nicht zu Ende geführt; aber es läßt sich nicht absehen, ob nicht die offizielle Freigabe bis in ihre dunkelsten und schmutzigen Winkel angedeutet werden wird. Es ist von entscheidender Wichtigkeit zu erfahren, ob die Freimänner, durch welche die Karte der Krone gegen einander gedrückt werden sollten, von den Angeklagten aus eigener Initiative bewerkstelligt worden sind, vielleicht in der Absicht, sich bei gewissen hochstehenden Persönlichkeiten beliebt zu machen, oder ob sie Hintermänner gehabt haben, welche als die intellektuellen Anstifter der Intriguen anzusehen sind. Die Verhandlungen haben ergeben, daß das letztere wahrscheinlich ist, und daher ist das Interesse vollständig von den beiden Hauptangeklagten abgelenkt, von dem unretten Zwischen Bedert mit der Testamentsbildung und dem geistlichen Advokaten v. Löhnow, der die Doppelpol eines Vertrauensmannes der politischen Polizei und eines raffinierten politischen Intriganten spielte. Die Hauptfrage bleibt die, wer die geheimen Hauptactoren, die Hintermänner der offiziellen Bekundung sind, die ministeriellen Anklagen ergriffen hat. Soviel steht schon jetzt unweibhaftig fest, daß sie nicht, wie wohl früher vielfach unter dem Einflusse der Intriguen der Löhnow und Genossen angenommen wurde, im Auswärtigen Amte und wohl auch nicht in anderen Ministerien, sondern zunächst im Berliner Polizeipräsidium zu suchen sind, und daß von hier die Spuren nach einer anderen Richtung weisen.

Der Prozess nahm seinen sensationellen Charakter an, als sich die Verhandlungen zu einem Kampfe zwischen Freiherrn v. Marschall und dem Vertreter der politischen Polizei, v. Löhnow, zu spitzten. Der Staatssekretär des Auswärtigen trat als Ankläger auf, und es bewies hierbei, daß er auch heute noch die Funktionen eines Staatsanwalts mit vollendeter Meisterkunst zu verrichten weis. Ihm gegenüber an der Anklagebank sitzt der Polizeikommissar v. Löhnow, der zwar bisher nur als Zeuge erschienen ist, der sich aber in der instinktiven Abwehr, welche Rolle er nur zu bald zu übernehmen haben werde, im Laufe seiner Zeugenaussagen nicht enthalten konnte, auszurufen: „Ich bin doch hier nicht als Angeklagter, sondern als Zeuge!“ Nach der Wendung des Prozesses am Freitag wird er sich jetzt wohl selbst klar darüber sein, daß sich die schwersten Anklagen nicht mehr gegen die Polizei und Genossen, gegen die er Zeugnis ablegen sollte, sondern gegen ihn selbst richten, weil er Jahre lang Männer vom Schlage eines Löhnow und eines v. Köllers als politische Agenten und Vertrauensmänner benutzte, um seinen Intriganten-

Denunciantentum zu inkarnieren, dem Beamte in den höchsten Stellen unschuldig zum Opfer gefallen sind. Herr v. Marschall hat erklärt, daß das Auswärtige Amt seit 4 Jahren dem Kriminalkommissar v. Löhnow keinerlei Auftrag erteilt hat. Dieses Misstrauen war erstlich, nachdem sich herausgestellt hatte, daß es gerade die Vertrauensmänner des Herrn v. Löhnow waren, welche die Beamten des Auswärtigen Amtes verdächtigten. Normann-Schumann war ebenso wie v. Löhnow damit beauftragt, die Uebereinstimmung von Skandal-Artikeln gegen das Auswärtige Amt zu ermitteln, und Normann-Schumann war selbst der Verfasser. Dieser ist es gewesen, der die schändlichen Artikel in In- und ausländische Blätter gegen die Beamten des Auswärtigen Amtes und den Kaiser selbst veröffentlicht hat. „Die Mitteilungen solcher Personen“, bemerkte Herr v. Marschall, „würden am giftigsten; denn diese Personen müssen sich oft eine gewisse Autorität an, die sie nicht besitzen, sie stützen sich die Dinge von Ohr zu Ohr und sie sind unfaßbar.“

Der rücksichtslose Energie des Staatssekretärs des Auswärtigen ist es indessen gelungen, diese Gassen zu reinigen; aber es bleibt noch die wichtigste Aufgabe, auch diejenigen Intriganten in höheren Stellen zu entdecken, in deren Solde und Auftrag die Löhnow, Normann-Schumann u. A. geschäftlich verkehrten und welche haben und die zum Teil verantwortlich zu machen sind für die unberechenbaren Schwankungen und Zerwürfnisse unserer innerpolitischen Zustände seit dem Rücktritte des Fürsten Bülow. Daß in den letzten Jahren eine unverantwortliche „Rebenregierung“ bestanden hat, ist kein Zweifel; es gilt jetzt die Räuber an den Fängen zu stellen und unabschätzlich zu machen, welche jene Lamasilla gebildet und getrieben haben, die furchtbar und Verwirrung angeht. Von ausschlaggebender Bedeutung ist es hierbei zunächst festzustellen, in wie weit das Verhältniß des Löhnow am letzten Verhandlungstage abgelehrt hat, auf Wahrheit verweist. Aus psychologischen Gründen ist es unabweisbar, daß Löhnow sich eine neue große, aber zweifelhafte Lüge konstruirt haben in den Augenblicke, wo er zu der Erkenntnis gekommen ist, daß er ihn absolut nicht mehr zu retten ist. Hat aber Löhnow die Wahrheit gestanden, dann wäre in dem Kommis. v. Löhnow ein Hauptwerkzeug seiner unheimlichen Camorilla entdeckt. Wenn man indes ein endgiltiges Urtheil fällt und weitere Schlüsse auf den letzten Hintermann zieht, wird die Rechtfertigung des Grafen Philipp zu Scharlowitz abzuwarten sein. Aus welchen Gründen, so wird man sich fragen müssen, hielt sich v. Löhnow für verpflichtet, den Artikel in der „Welt am Montag“, der den Anlaß in dem anstehenden Prozess gegeben hat und der allem Anscheine nach auf den Sturz des Freiherrn v. Marschall abzielte, dem deutschen Botschafter in Wien zu senden, und warum ist sich dieser veranlaßt, dem Polizeikommissar seinen besonderen Dank für diese seltsame Sendung auszusprechen? Warum hat ferner Graf Caprivi den dem Freiherrn v. Marschall, seinem unmittelbaren Vorgesetzten, nicht sofort Mitteilung gemacht, daß dieser im Verbaute steht, einen intriganten Artikel inspiert zu haben, der sich gegen die allerschlimmste Umgebung des Kaisers richtet?

Der Prozess ist auf Antrag des Oberstaatsanwalts auf Montag vertagt worden, um Herrn v. Löhnow, gegen den eine Anklage wegen Anstiftung zur Landesverräthung und zur Verleumdung in Aussicht gestellt ist, Zeit zu geben, seine Verteidigung vorzubereiten. Die Vereinerlichung des Botschafters in Wien in die Prozessverhandlungen dürfte gleichfalls Erwägungen nöthig machen, die, wie der Oberstaatsanwalt andeutet, weit über den Rahmen des jetzigen Prozesses hinausgehen, und es wird angenommen, daß an diesem Punkte Halt gemacht wird, um die Rückseite des Kaisers aus Hannover abzuwarten. Hoffentlich gelingt es, volle Aufklärung zu schaffen über die Kräfte, die hinter Herrn v. Löhnow thätig gewesen sind. Schon heute aber muß es als eine Wohlthat empfunden werden, daß der Prozess nicht hinter verschlossenen Thüren, sondern in voller Öffentlichkeit geführt wird. Es ist dies Herrn v. Marschall zu danken, der damit nicht bloss sein eigenes persönliches Interesse auf das Beste gewahrt, sondern auch eine unschätzbare politische That vollbracht hat, da die klärenden und reinigenden Wirkungen des Prozesses auf das innerpolitische Leben nicht ausbleiben können.

Hermannsdorf und Herzdorf-Berichte vom 5. Dezbr.

Berlin, Reichstag. Auf der Tagesordnung stehen Petitionen. Ueber die Petitionen, betreffend Konkordanz der Staatsschulden, beantragt die Kommission Uebertragung der Tagesordnung — Abg. Richter (frei. Dez.) wünscht zu erfahren, was die Reichsregierung in dieser Frage zu thun gedenkt und beantragt die Petition dem Reichskanzler zur Berücksichtigung zu überweisen. — Schlagfertig (frei. Dez.): Der Reichskanzler werde dem Bundesrathe eine Vorlage zugehen lassen, welche sich abgeben von den Formalien, vollständig mit der Vorlage in Uebereinstimmung werde. Es werde also eine Übertragung des Anfanges der 4-prozentigen Rente auf 3 Prozent vorgeschlagen werden. — Der Antrag Richter wird angenommen. Bei einigen Petitionen, betreffend die Abänderung der Versicherungs-Gesetze, beantragt die Kommission Ueberweisung. — Abg. Stephan-Deubien (Cent.) zählt die speziellen Beschwerden der Rentner über Renten des Alters- und Invaliditäts-Versicherungs-Gesetzes auf: Zu hohe Altersrente für die Altersversicherung, zu rigore Auslegung des Begriffs der Erwerbsunfähigkeit, zu langames Verfahren der Festsetzung der Invaliditätsrenten etc. Der Antrag der Kommission wird angenommen. Eine Reihe von Petitionen, betreffend die Beschäftigungsangelegenheiten für das Baugewerbe wird der Regierung aus Material überwießen. Ueber verschiedene Petitionen, betreffend

Abänderung des Militärrenten-Gesetzes, beantragt die Kommission theils Uebertragung zur Tagesordnung, theils Ueberweisung an die Reichsfinanzkommission. Nach einem längeren Vortrage des Abg. v. Orlow (nl.) dankt Generalmajor v. Hahn dem Reichskanzler für dessen Bemühen den Militärrenten auszusprechen. Die Militärrenten betrachte als eine Erleichterung, inwiefern sie die Invaliden zu versorgen; sie würden durch möglichst wohlwollende Auslegung der Gesetze und durch möglichst sorgfältige Benutzung der Verfügungsbefugnisse der Invalide zum Gelingen ausbleiben, auszusprechen. Die Rentenverhältnisse würden überdies in der nächsten Session durch eine Lenkung, welche u. A. über die Zahl der Pensionäre und über die Höhe der Pensionen Auskunft geben werde, klargestellt werden. Der Antrag der Kommission wird angenommen. Mehrere Petitionen, betreffend staatliche Beschäftigung von Neubauern, beantragt die Kommission, dieselben der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Abg. Behl beantragt die Petitionen der Regierung als unterwirftige Regelung der Regierung zu überweisen. Die Arbeiterdeputation sei zwar einzelstaatliche Angelegenheit, aber es müßten wenigstens den Einzelstaaten gewisse rechtliche Vorschriften hinsichtlich der Beschäftigung von Neubauern gegeben werden. Nachdem noch die Abg. Richter, Spahn und Bismarck dem Antrag Behl zugestimmt, wird dieser Antrag angenommen. — Eine Petition, betreffend Anerkennung der Steuer- und Schenksteuer als gewerbliche Arbeiter im Sinne des Artikels 7 der Gewerbeordnung. Die Petition wird von der Tagesordnung abgelehrt, ebenso eine Petition, betreffend Einführung eines Wollgesetzes. Eine Petition, betreffend Erlaß eines Ausnahmeregulirungs-Gesetzes, sowie anderweitige Regelung des Verkehrs und Erwerbs der Staatsangehörigkeit beantragt die Kommission, dem Reichskanzler als Material zu überweisen. — Abg. v. Hahn (nl.) führt aus, daß kein Land, kein Staat den Verlust der Staatsangehörigkeit so leicht mache wie Deutschland. — Abg. Behl berichtet das und theilt einen Fall mit, wo ein Arbeiter, der sich über 10 Jahre außerhalb Deutschlands aufgehalten habe, aber nirgends lang genug um irgendwo im Auslande die Staatsangehörigkeit zu erwerben, hier bei seiner Rückkehr nicht wieder aufgenommen worden sei. Er sei mit seiner Familie dadurch heimatlos geworden. — Geh. Rath Richter wünscht über diesen Fall nähere Auskunft, da dieser unbedingt anders liegen müsse als Behl ihn darlegt; denn nach den bestehenden Gesetzen über den Verlust der Staatsangehörigkeit könne Niemandem der nach Uebergang zurück kommen, ohne anderwärts die Staatsangehörigkeit erworben zu haben, die Wiederannahme verweigert werden. — Abg. Behl hält seine Angabe aufrecht. Der Antrag der Kommission wird angenommen. — Eine Petition, betreffend die Kinderarbeit und die Hausarbeit in der Strickwarenindustrie beantragt die Kommission dem Reichskanzler als Material zu überweisen. Auf Antrag des Abg. v. Strombeck (Cent.) bewilligt das Haus die Ueberweisung zur Verhandlung, nachdem Antragsteller ausgesagt, daß es sich bei diesem Ueberweisung zweig um die allerhöchsten Verhältnisse der Bevölkerung handle. Eine Petition, betreffend Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium soll nach dem Vorschlag der Kommission durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt werden. — Ein Antrag Richter will die Petition nur durch die in der Kommission abgegebene Erklärung der Vertreter der verschiedenen Regierungen für erledigt erklären. Die Kommission sei ferners wegen der Wichtigkeit der Petitionen dahin entscheiden müssen, daß die Frage des Universitätsstudiums einzelstaatliche Angelegenheit sei. Hoffentlich werde zunächst in Ueberein auf diesem Gebiete vorgegangen werden. Minister Bohle habe ja auch ein Gesetz vorgebracht für die Frauen. (Gestrichelt). — Der Antrag Richter wird angenommen. — Eine Eingabe um Rückzahlung von Soll auf Grund eines dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwießen, nachdem Abg. Spahn lebhaft dafür eingetreten ist. — Nächste Sitzung Mittwoch; Wanderversatz mit Nicaragua und Bolivien-Subvention.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus übernahm heute die Konfirmandenliste an eine der Kommission für Vorbereitung der Kommissionsverwaltung traten insbesondere die National-liberalen ein, welche erklärten, gegen das Gesetz stimmen zu müssen, wenn ihnen nicht Gelegenheit gegeben werde, sich über die Tragweite der Vorlage Klarheit zu verschaffen. Alsdann wurden ohne Debatte die Konfirmandenliste und die Vorlage der Verleumdung der heftigen Ladungsbahn in 3 Abtheilungen definitiv angenommen. — Der Antrag v. Gredel, betreffend Förderung der Herbartbildungswissenschaft wurde von der Tagesordnung wegen Abwesenheit des Finanzministers abgelehrt. — Nächste Sitzung Donnerstag.

Berlin. Heute Mittag fand im Reichskanzlerpalais eine längere Besprechung zwischen dem Fürsten v. Helldorf, Staatssekretär v. Marschall, Unterrichtsminister v. Schöndorff und dem Minister des Innern v. Helldorf statt. Im Anschluß daran trat im Reichstagegebäude das preussische Staatsministerium unter dem Vorsitz des Fürsten Helldorf zu einer mehrstündigen Sitzung zusammen. — Die offizielle „Köln. Allg. Ztg.“ beginnt heute mit dem Abdruck des hienotographischen Berichtes über die Angelegenheiten des Staatssekretärs Freiherrn v. Marschall und anderer wichtiger Functionen im vordem Löhnow-Prozess. Die Berichterstattung erfolgt insbesondere aus dem Grunde, weil der Bericht genauer Auskunft darüber giebt, von welcher Seite im November 1895 der Verdacht der Ueberreichung gewisser Artikel an Staatsminister v. Köller gelenkt wurde und wie es dem Auswärtigen Amte gelang, den Beweis der völligen Grundlosigkeit dieses Verdachts zu erbringen. Die „Nat. Ztg.“ bemerkt zu dem vordem Löhnow-Prozess: Bedert und Löhnow sind im Augenblicke ein wenig hinter der politischen Polizei in den Hintergrund getreten, dennoch war hier noch die Bemerkung gemacht worden, daß vor 2 Jahren solche Leute und ihr Treiben selbst dem aufmerksten Vorhof der Presse unendlich gewöhnt wären; sie sind möglich geworden durch dasjenige Publikum, welches die Sensationspresse aus Gebundenheit und aus Lust am Skandal groß gezogen hat und am Leben erhält.

Berlin. Bei dem gestrigen Empfangsabende der Abtheilung Berlin der Deutschen Kolonialgesellschaft zu Ehren der hier anwesenden Delegirten der auswärtigen Abtheilungen machte Kolonialdirektor v. Rühlhagen Mitteilung von der nunmehr vollzogenen Unterzeichnung der Radebusch-Verträge, durch welche Oberst v. Radebusch nach Ostafrika kommandirt ist. Die Mitteilung wurde mit brausendem Beifall aufgenommen. Major v. Sigmund ergriff das Wort und sagte: Die Ungewissheit, in der er sich während der letzten Wochen befunden, sei auch für ihn in diesem Augenblicke beiläufig worden und zwar in der allereinstimmlichen Ueberzeugung, zu dem er höheres Vertrauen in die Fortsetzung eines Werkes in Ostafrika hätte hegen können als sein Freund v. Radebusch.

Mittheilung
von
Triumph-Seife